

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am **Montag, Mittwoch, Freitag** und **Samstag**. Bezugspreis viertel-
jährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. **Anzeigen:** Die 41 mm breite Zeile 20 Pfennig
für deutsche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 36 mm breite
Reklame-Beizeile im Zeitteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.
Kleinanzeigen und Angebotsblätter 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten
durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch
25
Juni

kurzen Zwischenräumen erscheinender Nachsch. Jede Nachschreibung wird zunächst bei
gerichtlicher Vertretung der Anzeigengeber. — **Einfache Beilagen:** Laufend 9.50 Mark.
Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis **aller-**
spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen
sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird
unbedingt berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 97 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag
H. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfach 200; Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Bedingungslose Annahme.

Ein schwerer Weg.

Vorbehalte der deutschen Bereitwilligkeits- Erklärung zur Unterzeichnung des Friedens- Entwurfes.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet: Der
Reichspräsident hat namens der Reichsregie-
rung gestern Nachmittag durch den Gesandten v. Saniel
zugleich mit dem Abstimmungsergebnis der Nationalver-
sammlung über die Vertrauensfrage der Entente eine
Note überreicht, in der es heißt:

„Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am
23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt
worden, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, oder die
Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht
die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig
einen dauernden Frieden.“

Angesichts der leidenschaftlichen Rundgebungen der Be-
völkerung in dem im Osten abzutretenden Gebiet, sieht sich
die Regierung genötigt, alle Verantwortung für etwaige
Schwierigkeiten, die sich aus dem Widerstande der Ein-
wohner gegen ihre Loslösung von Deutschland ergeben könn-
ten, abzulehnen.

Die Regierung ist aber bereit, die Forderungen der Alli-
ierten unter nachstehenden Vorbehalten zu unterzeichnen:
Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher
Kriegsgefangenen vom 1. Juli ab.

Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen
zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das
Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten
kann. Sie muß daher die Verantwortung gegenüber den
Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden
können, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch
bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in
Erscheinung tritt.“

Sodann folgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Ur-
heberchaft Deutschlands am Kriege und die Ablehnung der
Artikel 227 bis 230.

Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die
feindlichen Regierungen nachstehende Erklärung als einen
wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden:

„Innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Unterzeichnung
des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und asso-
ziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen
Rate der Mächte, sobald er vom Völkerbund nach Artikel 4
eingesetzt ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Vor dem
Hohen Rate sollen die deutschen Bevollmächtigten die gleichen
Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter der anderen
kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Die-
ser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Ver-
trages entscheiden, die das Recht der Selbstbestimmung des
deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Be-
dingungen, durch welche die freie und gleichberechtigte wirt-
schaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird.“

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den
Frieden zu unterzeichnen, ohne damit anzuerkennen, daß das
deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne die
Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensver-
trages zu übernehmen.

Umgehende Ablehnung der Note der deutschen Regierung.

Der Wortlaut der Ablehnungsnote Clemenceaus.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet: Der
Reichspräsident hat namens der Reichsregie-
rung gestern Nachmittag durch den Gesandten v. Saniel
zugleich mit dem Abstimmungsergebnis der Nationalver-
sammlung über die Vertrauensfrage der Entente eine
Note überreicht, in der es heißt:

„Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am
23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt
worden, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, oder die
Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht
die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig
einen dauernden Frieden.“

Vorschläge der deutschen Regierung hinsichtlich des Vertrages
geprüft. Sie haben darauf mit einer vollständigen Ein-
mütigkeit geantwortet und die Zugeständnisse gemacht, die
ihnen richtig zu sein scheinen. Die letzte Note der deutschen
Regierung enthält keine Argumente und keine Bemerkungen,
die nicht bereits Gegenstand der Prüfung gewesen wären.
Die alliierten und assoziierten Mächte halten sich daher für
verpflichtet, zu erklären, daß die Zeit der Verhand-
lungen vorbei ist. Sie können keine Modifikationen
oder Vorbehalte annehmen oder anerkennen und sehen sich
gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine Erklärung
zu fordern über ihren Willen, den Vertrag in seiner
endgültigen Form zu unterzeichnen und im
ganzen Umfang anzunehmen oder die Unter-
zeichnung und Annahme zu verweigern. Nach der
Unterzeichnung werden die alliierten und assoziierten Mächte
Deutschland für die Ausführung des Vertrages in allen
seinen Bestimmungen verantwortlich machen.

Empfangen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner
Hochachtung.
Clemenceau.

Bedingungslose Annahme.

Infolge der vorstehenden Note versammelte sich am
Montag die Nationalversammlung in Weimar und erläuterte
und ergänzte ihren Sonntagsbeschluss, die Regierung zu
ermächtigen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, dahin,
daß die Regierung auch den bedingungslosen
Frieden unterzeichnen dürfe.

Zu Beginn der Sitzung nahm der Ministerpräsi-
dent das Wort, schilderte die Vorgänge, die sich seit der
gestrigen Sitzung ereignet haben, und die Ablehnung aller
unserer Vorbehalte durch die Gegner. Er vertrat die An-
sicht des Kabinetts, daß die bedingungslose Annahme nun-
mehr notwendig sei. Unsere Feinde könnten uns wehrlos,
nicht aber ehrlos machen. Der Minister hat auch unter
den veränderten Umständen die Vollmacht zum Friedensschluss
aufrechtzuerhalten, die die Nationalversammlung gestern er-
teilt habe.

Die Abgg. Schiffer (Dem.), Schulze-Bromberg
(Dnatl.) und Dr. Heinze (D. Vp.) gaben im Namen ihrer
Fraktion die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich ihre Stellung
gegen gestern nicht verändert hätten, daß sie aber die Ueber-
zeugung vertreten, daß auch die Gegner ihrer Meinung aus
lauterer Vaterlandsliebe gehandelt hätten. Gegen die for-
melle Ausdeutung des gestrigen Beschlusses in dem Sinne,
daß die Regierung zum bedingungslosen Friedensschluss
ermächtigt wurde, hatte zunächst niemand etwas einzuwen-
den, bis schließlich die Deutschnationalen unter lebhafter Er-
regung des ganzen Hauses Widerspruch erhoben, trotz der
Mahnung des Präsidenten, nicht in letzter Stunde die Sache
in die Länge zu ziehen. Sie ließen schließlich den Antrag
auf namentliche Abstimmung fallen, und darauf trat die
gesamte Nationalversammlung mit Ausnahme der Deutsch-
nationalen dafür ein, daß mit dem gestrigen Beschluss der
Regierung eine Plankvollmacht erteilt worden ist.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet:
heute Nachmittag 4.40 Uhr hat der deutsche Gesandte von
Saniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau
die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich
bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten
Regierungen bedinglos anzunehmen.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet:
heute Nachmittag 4.40 Uhr folgende Note an die
Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen:
„Die Regierung der deutschen Republik hat aus der
letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen
mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von
Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbeding-
ungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine
materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem
deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch den Ge-
waltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt.“

Sich nach außen hin zu verteidigen, dazu fehlt dem deutschen
Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes
Mittel. Der übermächtigen Gewalt ausweichend und ohne
damit ihre Auffassung über die unerhörten Ungerechtigkeiten
der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die
Regierung der deutschen Republik, daß sie
bereit ist, die ihr von den alliierten und assoziierten Regie-
rungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen
und zu unterzeichnen.“

Die Unterzeichnung soll am Donnerstag erfolgen.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet:
heute Nachmittag 4.40 Uhr hat der deutsche Gesandte von
Saniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau
die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich
bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten
Regierungen bedinglos anzunehmen.

Eine demokratische Erklärung.

Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung
hat eine Erklärung erlassen, in der sie die Ueberzeugung
ausdrückt, daß ein besserer Friede hätte erreicht werden
können, wenn die Regierung das Unannehmbar mit innerer
Geschlossenheit und Folgerichtigkeit vertreten hätte. Namens
der Mehrheit der Demokraten wird erklärt, daß nach ihrer
Ansicht der Vertrag unannehmbar sei. Dem bisherigen Re-
solutionsministerium wird bestätigt, daß es seine dringendsten
Aufgaben gut erfüllt habe, und danach erklärt die Fraktion,
daß sie zur Mitarbeit im Rahmen ihrer Grundsätze auch in
Zukunft bereit sei. Opposition schließlich liege fern.

Eine sozialdemokratische Erklärung.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet:
heute Nachmittag 4.40 Uhr hat der deutsche Gesandte von
Saniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau
die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich
bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten
Regierungen bedinglos anzunehmen.

„Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen
Fraktion der verfassungsgebenden Nationalversammlung sind,
wie die Gesamtheit der Fraktion, überzeugt, daß die An-
nahme des von der Entente angebotenen Friedens das Wohl
des Reiches schädigt. Wir sind für die Ablehnung des so ge-
nannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf
der Durchsetzung bestehen sollten, in die Notwendigkeit zu
versetzen, ihn selbst durchzuführen und sich dadurch am wirk-
samsten von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit
der von uns geforderten Bekenntnisse und Leistungen zu
überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem
Frieden ab. Wir wollen jedoch in Anbetracht der Motive,
die für den Beschluss der Mehrheit maßgebend waren, und
im Interesse der Einheit der Partei davon absehen, in der
Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stim-
men. Heine, Quard, Braun, Schöpslin, Voigt, Pfülf,
Bohm-Schuch, Vogel, Hiel, Wolff, Hoffmann-Pfalz, Fischer-
Berlin, Thiele, Rohrer, Landsberg.“

Niederlegte Mandate.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet:
heute Nachmittag 4.40 Uhr hat der deutsche Gesandte von
Saniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau
die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich
bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten
Regierungen bedinglos anzunehmen.

Freudenkundgebungen in Versailles.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet:
heute Nachmittag 4.40 Uhr folgende Note an die
Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen:
„Die Regierung der deutschen Republik hat aus der
letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen
mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von
Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbeding-
ungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine
materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem
deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch den Ge-
waltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt.“

Ein Aufruf an das deutsche Heer.

Am 23. Juni, Weimar, 23. Juni, wird gemeldet:
heute Nachmittag 4.40 Uhr folgende Note an die
Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen:
„Die Regierung der deutschen Republik hat aus der
letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen
mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von
Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbeding-
ungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine
materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem
deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch den Ge-
waltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt.“

spiel der Selbstverleugung und Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wiederaufrichtung des Vaterlandes arbeiten werden. Lebhafter Beifall begleitete diese Mitteilung des Präsidenten. Das Haus befaßte sich dann noch mit einigen sachlichen Gegenständen und vertagte sich auf morgen, Dienstag.

Eine Erklärung des Konter-Admirals v. Trotha
mz Berlin, 23. Juni. Der Chef der Admiralität, Konter-Admiral v. Trotha, läßt ausdrücklich erklären, daß er sich ebensowenig wie die Führer der Freiwilligen Truppen für die Unterzeichnung des Friedens ausgesprochen habe. Insbesondere hat er, ebenso wie die anwesenden Generale, die entstehende Forderung des Vertragsentwurfes als unannehmbar bezeichnet.

Die neuen Reichsminister.

Zu der Ministerliste ist noch nachzutragen, daß die Leiter des preussischen Kriegsministeriums, Oberst Reinhardt, und der Reichsmarineverwaltung, Konteradmiral v. Trotha, in ihren Ämtern bleiben. Von einem Verkehrsministerium im eigentlichen Sinne kann noch nicht gesprochen werden. Der Minister Bell wird einstweilen die Aufgabe haben, die Ueberführung der Staatseisenbahnen auf das Reich zu leiten.

Der neue Reichsministerpräsident Gustav Bauer wurde am 6. Januar 1870 in Darlehmen (Ostpreußen) geboren. Er besuchte die Volksschule und wurde dann Rechtsanwaltsgehilfe. Frühzeitig wandte er sich der sozialdemokratischen Partei zu, wurde Mitbegründer des Verbandes der Büroangestellten und später dessen Vorsitzender. Im Jahre 1903 wurde er als Sekretär des Zentralarbeitssekretariats nach Berlin berufen. Dort wurde er 1908 als Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften deren 2. Vorsitzender (neben Legien). Im Jahre 1912 wurde er für Breslau in den Reichstag gewählt, nachdem er inzwischen einer der wichtigsten Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geworden war. Bei der Neuordnung im Reich, die im September 1918 vom dem Prinzen Max von Baden unternommen wurde, kam es auch endlich zur Schaffung des lange geforderten Reichsarbeitsamtes. Die Gewerkschaften wurden über die Person des künftigen Leiters des Amtes befragt und nannten Bauer, der dann zum Staatssekretär ernannt wurde. Im Ministerium Scheidemann behielt er seinen Posten.

Matthias Erzberger, der bisher Minister ohne Portefeuille war und als solcher schon einen in seiner politischen Persönlichkeit begründeten Einfluß im Kabinett besitzt, hat das wichtige und verantwortungsvolle Reichsfinanzministerium übernommen, er ist außerdem Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Man braucht diese beiden Titel nur zu nennen, um die Fülle des Einflusses zu begreifen, der ihm dadurch eingeräumt ist.

An die Stelle von Dr. Preuß trat Dr. David, einer der fähigsten Köpfe, der sich insbesondere durch seine Mäßigung auszeichnete, die das Zusammenarbeiten anderer Parteien mit ihm erleichtert.

An die Spitze des Reichsschatzministeriums tritt der als tüchtiger Wirtschaftspolitiker bekannte Dr. rer. pol. Wilhelm Mayer. Er ist am 18. November 1874 zu Enkenbach in der Pfalz geboren, besuchte das humanistische Gymnasium in Kaiserslautern und studierte dann an den Universitäten Heidelberg, Würzburg und München. Er promovierte in Würzburg auf Grund einer nationalökonomischen Arbeit zum Dr. rerum politicarum, bestand in München 1900 den juristischen Staatskonkurs und ist seit 1901 Rechtsanwalt in München. Von 1907 bis zur Revolution gehörte er dem Reichstage an und zwar als Vertreter des Wahlkreises Kaufbeuren (5. Schwaben). Er war seit 1914 Vorsitzender des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe. Dr. Mayer ist für den 24. Wahlkreis (Reg.-Bez. Oberbayern) in die Nationalversammlung gewählt. Auch gehört er seit Anfang dieses Jahres dem Bayerischen Landtag an.

Das Auswärtige Ministerium übernimmt Hermann Müller, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei. Er ist ganz und gar eine undiplomatische Persönlichkeit. Müller hat gar keine Berührung mit dem Personkreis, aus dem man bisher Außenminister zu entnehmen pflegte. Welche Gründe bestimmend gewesen sind, gerade ihn auf einen so verantwortungsvollen Posten zu berufen, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Möglichkeiten der Wirksamkeit eines deutschen Außenministers sind nach Lage der Dinge für absehbare Zeit beschränkt. Hermann Müller ist am 18. Mai 1876 zu Mannheim geboren: Dissident. Besuchte Volksschule und Gymnasium in Mannheim, Realgymnasium in Dresden-Neustadt. Kaufmännische Lehre in Frankfurt a. M. und Breslau. Seit 1899 Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung“ in Görlitz, seit 1906 Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin. 1903 bis 1906 Stadtverordneter in Görlitz. 1916 bis 1918 Mitglied des Reichstages für Reichenbach-Neurode, November und Dezember 1918 Mitglied des Volksrats, seit Ende Dezember 1918 des Zentralkrats der Deutschen sozialistischen Republik.

Ueber Alexander Schlieke besagt das Handbuch der Deutschen Nationalversammlung: Geboren am 26. März 1863 zu Berlin: Dissident. Besuchte das Köllnische Gymnasium in Berlin bis zur Obersekundareife; wollte Maschineningenieurlaufbahn bei der Reichsmarine einschlagen, dies war wegen nicht genügender Körpermaße unmöglich. Berufliche Ausbildung: Feinmechaniker, dann Besuch der Tagesklasse der Handwerkerschule für Feinmechanik. Später praktische Arbeit in Berlin, Erlangen, Leipzig, Weimar, Frankfurt (Main) und anderen Orten. Seit 1891 Sekretär und seit 1895 Vorsitzender des

Deutschen Metallarbeiterverbandes (Sitz Stuttgart) Vom 16. Januar 1919 ab Arbeitsminister in Württemberg.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt über das neue Kabinett: Es tritt uns in einer Zusammenkunft unter Umständen entgegen, die keine lange Lebensdauer versprechen. Das Kabinett hat sich zusammengefunden aus sieben Sozialisten und vier Zentrumsmitgliedern. Es vertritt also eine Gruppierung von Parteien, die eine Mehrheit in der Nationalversammlung hinter sich hat, die zwar nicht sehr groß ist, aber durch die Diszipliniertheit der beiden Fraktionen in der Mehrzahl der wichtigen politischen Fragen geschlossen in die Wagschale geworfen werden kann. Vor allen Dingen wird die Mehrheit ausreichen, um die Grundlage zu sichern, auf der sich dieses Kabinett zusammengefunden hat, nämlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Wenn man sich die Ministerliste ansieht, so wird man finden, daß keine überragenden Köpfe das deutsche Volk auf seinem steilen Schicksalswege leiten. Was die Sozialdemokratie gestellt hat, ist ein guter Durchschnitt ihrer in der Parteibewegung bewährten Führer, deren Eignung für die von ihnen übernommenen Ämter erst noch erwiesen werden mußte. Kann man sich auf der einen Seite von den neuen Männern des Kabinetts kein neues und hoffnungsvolles Regierungsprogramm versprechen, so muß man ihnen doch dankbar sein, daß sie den Mut und die Entschlossenheit gehabt haben, sich in diesen kritischen Tagen einer Verantwortung nicht zu entziehen, die in der großen, breiten, die innern Vorgänge nicht sehenden Öffentlichkeit wenig Dank und Anerkennung einbringt. Sie haben ihrem Volk ein Opfer ihrer Person gebracht und ihren Namen mit einem Vorgang in der deutschen Geschichte verbunden, der auf alle Zeiten zu den unglücklichsten Ereignissen im Leben des deutschen Volkes gehören wird. Sie haben ihren Entschluß gefaßt in der Ueberzeugung, daß der derzeitige Zustand des Landes und des Volkes nach innen und nach außen den unentzerrbaren Zwang in sich birgt, jeden Vertrag, der uns diktiert wird, zu unterzeichnen, denn nur dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, zunächst die innere Moral und dann die wirtschaftliche Arbeitskraft des deutschen Volkes wieder zu heben und es wieder nach und nach als gleichberechtigt in die Reihe der Nationen aufsteigen zu lassen.

Die Ausschreitungen gegen die deutsche Delegation.

mz Versailles, 22. Juni. Havas. Man meldet zu dem Zwischenfall bei der Abreise der deutschen Delegation: Die Untersuchung ist beendet. Die Militärbehörde von Paris hat bestimmt, daß durch das Militärgericht gegen die Gemeinde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden würde.

Gesandter v. Saniel lehnt die Unterzeichnung ab

Berlin, 23. Juni. Wie der Berliner Lokalanzeiger hört, lehnte der in Versailles zurückgebliebene Gesandte v. Saniel ab, die ihm zugesagte Mission der bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertragesentwurfes zu übernehmen. Die Reichsregierung wird also einen anderen Weg finden müssen, um innerhalb der uns bestimmten Frist die Unterzeichnung nach Versailles zu bringen.

Keine sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Genf, 23. Juni. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sollen, wie die Agence Havas meldet, nicht gleich nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens, sondern erst nach der Ratifizierung des Vertrages durch beide Kammern wieder aufgenommen werden. Auch dann erst wird den deutschen Staatsangehörigen der Aufenthalt im französischen Gebiet wieder gestattet werden.

Aus der Zentrumsfraktion ausgetreten.

Weimar, 23. Juni. Die Abg. Dr. Heim und Schneider sind wegen der Abstimmung der Zentrumsfraktion in der Friedensfrage aus der Zentrumsfraktion ausgetreten.

Graf Rankau.

Versailles, 22. Juni. In dem Augenblick, da Graf Rankau nun durch die Bestellung v. Saniels förmlich ausgeschieden ist, sei nicht ermangelt, auf die Hingabe hinzuweisen, mit der er in zweimonatiger angestrengter Arbeit bemüht gewesen ist, die Würde des deutschen Vaterlandes zu wahren und für Deutschland möglichst günstige Bedingungen zu erzielen. Im Mittelpunkt gründlichster sachmännlicher Beratung und Erwägung stehend, verfolgte er, von Ministerialdirektor Simons, dem besten Kenner des Friedensentwurfes im ganzen, unterstützt, rastlos und weitblickend die gefetzten Ziele, leider nicht durch Erfolg belohnt, wie sein christliches Bestreben es verdient hätte. Da die Gegner ihm und seinem Lande ernste Zugeständnisse versagten. Daß er den Vertrag in der vorliegenden Fassung nicht unterschreiben würde, hatte er wiederholt allen erklärt, mit denen er hier in Berührung kam, und er hat Wort gehalten. Möge es ihm beschieden sein, in glücklicheren Tagen vaterländische Ziele zu fördern, sowie er diesmal in schwerster Stunde ihnen opferwillig gedient hat. Das deutsche Volk schuldet diesem Manne und seinen Mitarbeitern immerwährenden Dank.

Die Versenkung der deutschen Flotte.

mz Aus London, 23. Juni, wird gemeldet: Etwa 1800 deutsche Offiziere und Mannschaften befinden sich in Zusammenhang mit der Versenkung der deutschen Flotte auf dem Wege nach einem interalliierten Ort.

Dem Amsterdamer „Telegraaf“ zufolge melden die „Times“ aus New York: Die Vernichtung der deutschen Flotte in der Scapa-Bucht am Vorabend des Friedens hat in Amerika einen unangenehmen Eindruck gemacht. Die Entrüstung hierüber ist allgemein.

Den letzten Meldungen zufolge rechtfertigte sich der deutsche Kontreadmiral von Reuter damit, er habe aus den deutschen Blättern entnommen, daß der Waffenstillstand abgelaufen sei, und habe daraufhin den Befehl gegeben, die Schiffe zu versenken.

mz Reuter meldet aus London: Es verlautet, daß der Kontreadmiral v. Reuter die volle Verantwortung für die Versenkung der Schlachtschiffe übernimmt und zwar auf Grund des vom früheren deutschen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehls, daß Schiffe niemals in Feindes Hand fallen dürften.

Die Zahl der in der Scapa-Bucht versenkten deutschen Schiffe.

Nach Ziffer 23 der Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder in Häfen der verbündeten Mächte) sind seinerzeit von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht worden: „Bayern“, „Kronprinz Albert“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Hindenburg“, „Derfflinger“, „Seidlitz“, „Moltke“, „von der Tann“, „Brummer“, „Bremen“, „Röln“, „Dresden“, „Emden“, „Frankfurt“, „Wiesbaden“, 50 modernste Zerstörer. Die Absahrt mußte bis zum 18. November, 8 Uhr vormittags, erfolgen. Die Schiffe sollten mit reduzierter Besatzung ahren und ohne Munition.

Am 22. November 1918 wurden übergeben: 9 Schlachtschiffe, 1 Schlachtkreuzer, 7 leichte Kreuzer und 50 Zerstörer. An der vereinbarten Zahl fehlten somit zunächst ein Schlachtschiff, ein Schlachtkreuzer und ein leichter Kreuzer, die später übergeben sind. Ein leichter Kreuzer stieß bei der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank.

Ob später noch Veränderungen in der Zahl und Zusammenfügung der Schiffe stattgefunden haben, läßt sich einstweilen nicht übersehen. Jedenfalls ist so viel sicher, daß unsere besten und modernsten Schiffe nicht den Gegnern in die Hand gefallen sind, sondern auf dem Meeresgrund ruhen.

mz Amsterdam, 22. Juni. Nach einer Reutermeldung aus Thurso vom 21. Juni mittag meldete das Hissen einer roten Flagge das Signal für das Versenken der deutschen Schiffe. Die Besatzung ging in die Boote und ruderte dem Ufer zu. Als die Bewachungsschiffe feuerten, sprangen die Deutschen ins Wasser und schwammen an die Küste. — Nach einer Meldung des Telegraaf aus London wurde nicht die rote Flagge, sondern die deutsche gehißt. Alle Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme der „Baden“, die noch treibt, sind versenkt worden. Das Versenken der Schiffe scheint lange gedauert zu haben, denn das erste Schiff sank kurz nach Mittag und das letzte erst kurz nach 1/2 Uhr.

London, 23. Juni. Die in Scapa Flow internierte deutsche Flotte bestand aus 70 modernen Einheiten, darunter fünf Schlachtschiffe, neun Panzerkreuzer, sieben leichte Kreuzer und 49 Zerstörer der neuesten Klasse. Die größten Schiffe wie „Hindenburg“ und „Derfflinger“ verdrängten 18 000 bis 28 000 Tonnen.

Politische Rundschau.

Schwere Unruhen in Mannheim.

mz In Mannheim sind am Samstag schwere Ausschreitungen vorgekommen, angeblich um die Lebensmittelpreise herabzubringen. Es wurden Kolonialwaren und Konfektionsläden geplündert und in Privathäusern Erpressungen verübt. Den Versuch, in die Kaserne der Freiwilligen einzubringen, wehrten die Soldaten mit Handgranaten ab. Eine spätere mzt-Meldung lautet: Bei den Unruhen gab es elf Tote, darunter ein 12jähriger Knabe und eine 19jährige Kontoristin, sowie 37 Schwerverletzte und eine große Anzahl Leichtverwundeter. Die Zahl der Verhaftungen beträgt über 200, von denen ein großer Teil sofort durch Autos nach auswärts gebracht wurde. Wenn sich im Laufe des gestrigen Sonntags noch überall Ansammlungen zeigten, so verliefen sie jedoch vollkommen ruhig.

Plünderungen im Norden Berlins.

mz Berlin, 23. Juni. Aus Entrüstung über die hohen Lebensmittelpreise, besonders über die Preise für Äpfel und Erdbeeren, zogen heute Mittag etwa 500 Personen beiderlei Geschlechts durch die Invaliden- und Brunnenstraße und plünderten dort, vor allem Lebensmittel- und Zigarrengeschäfte. Etwa eine halbe Stunde später drangen die Plünderer in den Wochenmarkt ein und raubten dort die auf den Straßen aufgelegten Waren. Im Laufe des Nachmittags in der vierten Stunde kam es zu schweren Ausschreitungen in der Markthalle Invaliden- und Adlerstraße. In allen Fällen wurden Regierungstruppen herangezogen, die Ruhe wieder herzustellen.

Verdreifachung der Warenumsatzsteuer.

Berlin, 21. Juni. Wie verlautet, wird das Reichsschatzamt dem Staatesauschuß unter den neuen Steuerplänen eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer von 5 vom 1000 auf 15 vom 1000 vorschlagen. Die Warenumsatzsteuer, die ursprünglich 1 vom 1000 betrug, wurde im Frühjahr auf 5 vom 1000 A. erhoben. Man rechnete damals mit einer Einnahme aus dieser Steuer von 1 Milliarde Mark für das Jahr. Jetzt erhofft man eine Einnahme von 3 Milliarden Mark für das Jahr. Ausgenommen sind Brot und einige andere Nahrungsmittel.

Handelsdrucksachen für jede Branche in allen
Auflagen schnell durch
Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Die Forderungen der Berliner Post- und Telegraphenbeamten.

Berlin, 20. Juni. In einer heute hier von 5 bis 6000 Post- und Telegraphenbeamten aller Kategorien besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der eine Erhöhung der Teuerungszulage auf 150 Mark monatlich gefordert wird, rückwirkend von 1. April 1919 an, sowie eine Entschuldigsumme von mindestens 2000 M. nebst 200 M. für jedes Kind. Aus der Versammlung heraus wurde ein Ausschuss beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, damit die Beamtenschaft zu ihrem Recht käme. Unter lebhaftem Beifall warnte der Berichterstatter davor, sich an politischen Streiks zu beteiligen.

Postauswärtiger Streik in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 20. Juni. Die bei den Frankfurter Postämtern beschäftigten Auswärtigen sind heute in eine Lohnbewegung eingetreten, bei der es sich im Wesentlichen um Gehaltsvorauszahlungen für den Fall der Beurlaubung Frankfurts handelt. Es finden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Auswärtigen und der Oberpostdirektion statt. Auf Anordnung des Polizeipräsidenten wurden die Schalter für Telegramme und Wertbriefe wieder geöffnet. Der Streik ist beendet, da die Forderungen bewilligt wurden.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

mz Wie das W. B. erzählt, haben die Eisenbahnarbeiter fast überall die Arbeit wieder aufgenommen. Der Verkehr ist nicht mehr behindert. Ein Beamter und ein Arbeiter sollen dem Präsidenten der Eisenbahndirektion als Beiräte beigegeben werden. Der Eisenbahnminister erklärte grundsätzlich, daß gegen das Ausrücken von Arbeitern in höhere Stellen nichts einzuwenden sei. Maßregeln dagegen werden nicht stattfinden.

Laut Mitteilung des Generalkommandos in Rassel ist über den Stadtbereich Rassel der Belagerungszustand verhängt worden. Die notwendige militärische Sicherung des Bahnhofs usw. ist erfolgt.

Der Streik im Waldenburger Bergrevier ist beigelegt. Die Staatsregierung soll um Einführung einer Siebenstundenschicht und die Verwaltung um Erhöhung der Löhne, sowie Einführung von Ferien ersucht werden. Es zur Entscheidung wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

mz Im Fürstentum Lübeck brach ein Landarbeiterstreik aus, der großen Umfang anzunehmen droht. Die Ernährungswirtschaft, besonders die Milchversorgung und die Feuerkraft, werden nachteilig beeinflusst. Eine Einigung ist zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern trotz aller Bemühungen noch nicht zustande gekommen. Die Bewegung ist auf Streitigkeiten über Lohnsätze und Arbeitszeit zurückzuführen.

Polen und Deutschland.

mz „Dziennik Berlinski“ meldet, daß die Polen durchaus mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Deutschland rechnen. Alle Polen von 18—45 Jahren seien einberufen.

Das neue italienische Kabinett.

mz Rom, 22. Juni. (Havas.) Der König hat die Demission Orlando angenommen und Ritti mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Es setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Ritti, Justiz; Grace; Schatz; Dekret; Unterricht; Marconi; Aderbau; Tancano; Postwesen; Thimiti; Auswärtige Angelegenheiten; Tittoni; Finanzen; Mortara; Marine; Thanzler; Handel und Industrie; Dante Perati.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 25. Juni. Die Aufregung und Spannung der letzten Zeit war am Montag hier aufs höchste gekommen. Schon in aller Frühe begannen wieder die Truppenübungen, die Straßen waren voll Militär aller Waffengattungen. Alle Fußwege waren requiriert, endlos schien die Reihe der Lastautomobile, auf denen Infanterie nach der Grenze des besetzten Gebietes vorgezogen wurde, in der Richtung nach Homburg und Frankfurt. Von Stunde zu Stunde steigerte sich die Erregung, da bekannt geworden war, daß unsere Gegner die Vorbehalte, welche die deutsche Nationalversammlung an ihren Beschluß über die Annahme der Friedensbedingungen geknüpft, zurückgewiesen hatten. Um 7 Uhr abends ließ der Waffenstillstand ab, war es bis dahin zu einer Einigung nicht gekommen, so mußte der Krieg mit all seinen Schrecken und so greifbar nahe wieder über uns hereindringen. Erst nach halb 8 Uhr abends konnte die offizielle Nachricht von der um 4 Uhr 40 Min. in Versailles überreichten „bedingungslosen“ Annahme der Friedensbedingungen durch die deutsche Regierung bei uns eintreffen und zum Aufschlag gelangen. Schon vorher waren alle auf vordrängende gerichteten Marschbewegungen der Truppen wieder zum Gegenteil gekehrt. Das hier verbliebene Militär verabschiedete alsdann nach Eintritt der Dunkelheit einen Abschiedsmarsch, der unter fröhlicher Musik der Straßen durchzog. — Die auf allen Gemütern liegende fürchterliche Spannung ist nun gewichen — der Krieg ist aus, es kommt der Frieden. Doch können wir uns leider nicht freuen: bedeutet er doch für unser armes Vaterland den Beginn einer so harten und schweren Zeit, wie sie wohl kaum schon einmal einem Volke auferlegt war.

* Fußball. Am Sonntag spielte die 1. Mannschaft des Königsteiner Fußballklubs gegen die gleiche des Neuen-

hainer F. C. Königstein gewann das Spiel mit 3 : 2 Toren. In dem Gesellschaftsspiel zwischen der 2. und 3. Mannschaft Königstein unterlag die letztere mit 5 : 0 Toren.

Eronberg, 22. Juni. Durch die Zeitungen der Nachbarschaft wandert ein Artikel über die gute Erdbbeerernte. Tatsächlich ist aber davon keine Rede. Wir hätten bei dem günstigen Frühjahr und dem reichlichen Fruchtansatz wohl eine Vollerte erwarten können, allein die anhaltende Trockenheit hat den Ertrag so herabgedrückt, daß noch lange nicht von einer Mittelernte gesprochen werden kann. Der Artikelreiber kann sich überzeugen, wie die Qualität schon seit einer Woche heruntergeht, diese sind rar und vorwiegend kleine Früchte kommen zur Auslieferung an die Sammelstellen. Die Dürre macht der Erdbbeerernte ein rasches Ende. Während wir sonst zur Kirchweih, das ist in 14 Tagen (heuer 6. Juli) noch in voller Ernte standen, wird diesmal denn hier kein Stück mehr zu finden sein. Von einem Geschäft ist bei den teuren Düngpreisen und den hohen Löhnen überhaupt abzusehen und die beste Rundschaft in Frankfurt kann nicht bedient werden.

Von nah und fern.

Bad Homburg v. d. G., 23. Juni. Die Stadtverwaltung erübrigte bei ihren Regiegeschlachten im Jahre 1918 die Summe von 30 000 Mark. Andere Städte mußten einen erheblichen Fehlbetrag verbuchen. Um den Homburger Mehrgewinnern wieder ausreichende Beschäftigung zu geben, übernimmt jetzt die Mehrgewinnung die Regiegeschlachtung.

w Höchst a. M., 21. Juni. Auf Antrag der Lehrer-Vereinigung Groß-Höchst wird die städtische Schuldeputation im Herbst dieses Jahres mit der Einführung von Hilfsklassen für Schwachbefähigte beginnen. Durch diese Einrichtung hofft man das häufige Sitzbleiben dieser Bauernswerten nach Möglichkeit einzuschränken. Durch eine vermehrte Reuanstellung von Lehrkräften hofft man die Klassenziffer allmählich bis auf 40 herunterzuführen. Lehrer und Lehrerinnen wurden in Bezug auf Ortszulagen den Lehrkräften von Frankfurt und Wiesbaden gleichgestellt.

RASCH und SPARSAM

baut man nach der **AMBI-Bauweise**. Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die **AMBI-Dachstein-Maschine** für Handbetrieb

Anfragen an:

AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Goldene Medaille und Silberner Staatspreis
1919 Reichsverband für sparsame Bauweise

Höchst, 23. Juni. (Obermilitärgericht Höchst). Herr Karl Lahnstein, Vertreter der Firma Lahnstein-Mainz, ist zu 10 000 M. Geldstrafe sowie zur Veröffentlichung des Urteils auf seine Kosten in zwei Zeitungen von Mainz und Wiesbaden verurteilt worden, weil er 2500 Kilogr. Baumwollstoffe in das unbefestete Gebiet geschmuggelt hatte, indem er die Transportgenehmigung für eine Ausfuhr für einen zweiten Transport benutzte.

— Griesheim a. M., 23. Juni. Die neunzehnjährige taubstumme Maria Brüdner goß Petroleum in ins Feuer, wobei die Kanne explodierte und die Flammen die Kleider der Unglücklichen ergriffen, die betart verbrannte, daß sie ins Höchster Krankenhaus übergeführt werden mußte wo sie in der Nacht unter großen Qualen verstorben ist.

— Frankfurt a. M., 23. Juni. Etwa 500 Erwerbslose, darunter viele gewerbmäßig Erwerbslose, setzten früh unter stürmischem Auftreten beim Magistrat die acht-tägige Vorauszahlung der Erwerbslosenunterstützung durch. Ihre naive Forderung, daß wenn man den Beamten die Gehälter auf ein Vierteljahr im voraus bezahle, solle man den Erwerbslosen für die gleiche Zeit die Gelder gewähren, „da gleiches Recht für alle“ gelte, wurde abgelehnt. Auch Sonderforderungen auf wirtschaftlichen Beihilfen fanden Ablehnung. — Bei 3000 arbeitslosen Frauen in Frankfurt ist es hier unmöglich. Dienstmädchen oder Monatsfrauen zu erhalten.

w Vom Maingau, 21. Juni. Die Beteiligung der Erwachsenen an freien Unterrichtskursen in der französischen Sprache hat bedeutend nachgelassen. Kurse, die anfangs beinahe 100 Teilnehmer zählten, fristen nur noch mit einigen unregelmäßig Erscheinenden sich mühselig dahin. Diese Erscheinung erklärt sich nicht immer in mangelhaftem Interesse, sondern hauptsächlich aus dem Umstand, daß die Kurse in die späten Abendstunden fielen, die in dieser arbeitsreichen Zeit zumeist noch für Garten- und Feldarbeit in Anspruch genommen werden.

Roblenz, 18. Juni. Zum Bürgermeister unserer Stadt wurde in geheimer Sitzung Oberbürgermeister Dr. Ruffel aus Buer gewählt.

— Mainz, 23. Juni. In nichtöffentlicher Stadtverordnetenversammlung wurde heute Mittag Bürgermeister Dr. Rühl zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz gewählt.

Ober-Jungelheim, 23. Juni. Ein Mehrgewinner aus Mainz stürzte gelegentlich einer Geschäftsfahrt hier rücklings vom Wagen und zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß er infolge einer schweren Gehirnerschütterung den Tod erlitt.

Kreuznach, 24. Juni. Zehn Eisenbahnwaggons (2000 Sack) Mehl für den hiesigen Kreis-Wirtschaftsausschuß, sind unterwegs verschwunden. Bisher ist vergeblich danach recherchiert worden.

Limburg, 19. Juni. Die Podenerkrankungen gewinnen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen in der Umgebung langsam an Ausdehnung. Neben den Erkrankungen in Eschhofen und Elz sind neue Bodenherde jetzt auch in Dffheim und Hadamar festgestellt worden. In Hadamar wurde die Schließung aller Schulen angeordnet, auch die Froneleichnamsprozession wurde verboten. Sämtliche Einwohner müssen sich der Schutzimpfung unterziehen.

Herborn, 20. Juni. Unter dem Verdacht des Mordes an dem Förster Bartholomge wurden die Hüttenarbeiter Gebrüder Aritar aus Fleisbach verhaftet.

Vom Westerwald, 24. Juni. In Meud entstand gelegentlich der Kirmesfeier eine schwere Schlägerei zwischen den Kirmesburtschen und den dortliegenden Amerikanern, wobei, wie der „Rassauer Boten“ meldet, zwei Amerikaner das Leben lassen mußten und weitere drei schwer verwundet wurden. Die Uebeltäter entflohen über die nahe „Grenze“ und die Gemeinde wurde mit einer schweren Strafe von 20 000 Mark belastet.

Fulda, 23. Juni. In dem Rhöndorfer Basbühl wurde der Bürgermeister Seiling von dem Gastwirt Zeller aus Nachsicht erschossen. Der Täter stellte sich freiwillig den Behörden.

Schotten. Hier wurden zwei Mehrgewinner von etwa 30 Personen gestürmt und ihrer Speckvorräte beraubt. Bei dem Versuch, einen dritten Laden zu erstürmen, wurde die Schar von dem Eigentümer, der sich mit erhobener Art vor die Tür stellte, zurückgewiesen.

Letzte Draht-Nachrichten. Ein Aufruf der Reichsregierung.

mz Berlin, 24. Juni. Reichspräsident und Reichsregierung richten einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem es heißt: „Die Reichsregierung hat mit Zustimmung der Nationalversammlung erklärt, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Schwersten Herzens, unter dem Druck der rücksichtslosesten Gewalt, nur in dem einen Gedanken, unserem wehrlosen Volke weitere Kriegsoffer und Hungerqualen zu ersparen. Der Friede ist geschlossen, nun wahr und sicher den Frieden! Das erste Erfordernis ist Vertragserfüllung! Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages gesetzt werden. Soweit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden. Das zweite Erfordernis ist Arbeit. Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müßig ist. Für jede nichterfüllte Leistung können die Gegner mit Vornarsch, Besetzung und Blockade antworten. Wer arbeitet verteidigt den heimischen Boden. Das dritte Erfordernis heißt Pflichttreue. Wie wir trotz aller Gewissensnöte auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen. Der Soldat und zwar Offizier, Unteroffizier und Mann, der Beamte, jeder muß um des Ganzen willen seine Pflicht erfüllen, auch in diesen bösesten aller bösen Tage. Man zwingt uns, Deutsche einem fremden Gericht auszuliefern. Wir haben uns bis zum äußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer tapferen Truppen haben wir volles Verständnis. Aber wenn Offizier und Mann jetzt nicht noch fester für die innere Ordnung eintreten helfen, so liefern wir nicht nur ein paar hundert, sondern Millionen unserer Landsleute aus und zwar der Okkupation, der Annexion und dem Terror.“

Der Belagerungszustand über die Hansestädte verhängt.

mz Hamburg, 24. Juni. Von der Kommandantur Groß-Hamburg wurde der Belagerungszustand über die Städte Hamburg, Altona und Wandsbeck verhängt.

Das deutsche Kabinett.

mz Berlin, 24. Juni. Laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird das deutsche Kabinett sein Verbleiben im Amt von der morgigen Aussprache über die Friedensfrage in der preußischen Landesversammlung abhängig machen.

Erleichterung der Weinausfuhr.

mz Zeitungsberichten zufolge ist die Ausfuhr sämtlicher pfälzischen Weine nach dem rechten Rheinufer ohne Einschränkung durch die französische Besatzungsbehörde gestattet worden.

Famillendrucksachen

Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Meier Helmbrecht und sein Sohn.

Eine Erzählung aus deutscher Vergangenheit
von Georg Paulsen.

Dem Ritter Geier sollte es erspart bleiben, mehr als Dünnschinken zu trinken. Im frühen Morgenlicht kam die Kunde von einem stattlichen Transport, der für einen Kaufmann bestimmt war. Da waren gute Dinge zu erwarten. Helmbrecht ward mit dem kriegsgeübtesten Reifigen vorausgeschickt, um die Bewachung des Warenzuges zu packen, während sich der Geier selbst die gute Sache anschauen wollte.

Es ward eine tüchtige Kauferei, die Trochleute des Kaufmanns wehrten sich rechtlich und schlugen manchen Eisenhut der Angreifer demachen zusammen, daß auch der Schädel darunter dem Träger lummte und brummte. Der Kaufmann selbst, der tapfer auf Helmbrecht einritt, ward von diesem vom Sattel gestochen und zum Gefangenen gemacht.

Der Geier nannte den Fang eine prächtige Beute und forderte 500 Goldgulden als Lösegeld. Aber Helmbrecht, der den Kaufmann in den Sand gestreckt hatte, zeigte sich großmütig, er bedang für sich nur ein Häßchen Wein aus und einige andere Gegenstände, wegen deren er insgeheim mit dem Kaufmann verhandelte. Der Geier zeterte und wetterte, daß ihm die fette Beute entkommen sollte, aber all sein Poltern half ihm nichts. Die Reifigen und Knechte sprachen dem Helmbrecht das Recht zu, über seinen Gefangenen zu bestimmen, und damit hatte es sein Bewenden.

Der freigelassene Kaufmann bekannte seine Dankbarkeit dadurch, daß er aus der Stadt statt des zugesagten Fasses Wein deren zwei sandte. Eins davon überantwortete Helmbrecht dem Ritter und besänftigte damit seinen Aergern. Außer den beiden Weinfässern befand sich in der Sendung noch ein Kästchen, das Frauenzimmer barg, den der Junfer für die Schaffnerin Rebekka bestellt hatte. Der Kaufmann sollte etwas Schmuckes aussuchen, und er hatte eine Halskette von roten Korallen ausgewählt, die zu dem schwarzen Haar des Mädchens prächtig paßten. An Weichheit, die Braut dahinein, hatte der Bräutigam im Waffenkleid nimmer gedacht. Der ehrfame Bauernsinn war flatterhaft und fahrig geworden.

Nach roten Mädchenlippen stand dem Helmbrecht in diesem Jahr überhaupt der Sinn wenig, auch nicht nach der schwarzen Rebekka, obwohl er jetzt mit seinem Korallengeschenk vor sie hinstat. Aber er hatte gemeint, daß er sich für alle Guttat, die sie ihm schon erwiesen hatte, dankbar bezeigen

musste. Ohne die sorgsame Schaffnerin hätte er in seinem Aeußeren auch bald nicht anders ausgesehen wie die Reifigen und Knechte, daß heißt verwahrloßt und verlumpt. Sie schaute ihn mit brennenden Augen an, als er ihr das Schmuckstück darbot. Er sah nicht immer so gutherzig drein, als er gekommen war. In seinen Augen flackerte ein unstätes Gesicht und auf seiner rechten Wange brannte eine rote Narbe. Das war ein Andenken an ein Treffen mit den Klosterknechten, die er überfallen hatte, von denen ihm und seinen Gefellen aber über mitgespielt worden war. Sie hatten dem Kloster Rache geschworen, aber den meisten lief ein kalter Schauer über den Rücken, wenn sie daran dachten, die Absicht in die Wirklichkeit umzuwandeln. Es war ein ruchloses Beginnen.

Der Rebekka mochte es wieder in den Fingerspitzen zucken, als sie das schimmernde Korallenkettlein sah, denn sie war ein junges Weib, das an Schmutz und Land gefallen hatte. Aber sie hielt die Finger von neuem auf den Rücken, um nicht zuzugreifen, und was sie dachte, sich nicht an unrechtem Gut zu vergreifen.

„Woher habt Ihr das Kettlein? Habt Ihr es mit heimgebracht von einem Ritt draußen und hat es der Ritter Euch zugebilligt?“

Er schaukelte die Korallen lachend vor ihren dunklen Augen hin und her.

„Die habe ich nicht aus einem fremden Mantelsack hervorgeholt,“ antwortete er, „das geht auch den Ritter nichts an. Das Schmuckstück ist nach Zug und Recht mein Eigentum, und Ihr sollt es tragen, weil Ihr mit so viel Freundschaft erwiesen habt. Schaut nur her, wie gut die Perlen zu Eurem Haar stehen.“

Ein leiser Schimmer des Wohlgefallens glitt über das herbe Antlitz. „Meine Mutter selig hat mir auf dem Totenbett gesagt: Bleibe ehrlich, Rebekka, mein Kind, und Du wirst vom Himmel gesegnet sein, wie von mir. Und ich bin ehrlich geblieben und will ehrlich bleiben. Kein unehrliches Gut soll auf meinem Leibe prunken. Darum muß ich wissen, woher das Stück stammt, das aus Eurer Hand kommt und das fortan mein sein soll.“

„Von dem fremden Kaufmann, der mein Gefangener war. Das Kettlein gehört zu dem Lösegeld, das ich mir ausbedungen habe, und das er mir gern gezahlt hat.“

Das wußte sie. Aber sie sagte doch: „Mögt Ihr das Angebinde gleich nicht unredlich erworben haben, es war unecht von Euch und Euren Gefellen, den fremden Herrn,

der Euch nichts zu Leide getan hatte, auf offener Landstraße niedergeworfen. Und darum kann ich die Kette nicht nehmen. Behaltet sie und tut damit nach Eurem Willen.“

Mit großen Augen sah er sie an.

„Es war unecht von mir, den Kaufmann auf der Landstraße niedergeworfen, sagt Ihr? Ja, tun denn alle die Ritter und Herren in der ganzen Gegend etwas anderes? Wovon sollten sie sonst leben?“

Ein Spottlachen glitt über der Rebekkas Gesicht. „Was viele tun, das tun nicht alle. Und wenn alle unecht taten, so würde es damit noch nicht recht. Wovon sie leben sollen, das fragt Ihr, des freien Bauern Helmbrecht Sohn? Den Pflug sollen sie führen und den Ader bestellen, wie Euer Vater es tut, und wie Ihr es von ihm gelernt habt. Muß Euch das ein Mädchen sagen, Junfer?“

Da brannten seine Wangen wie das helle Feuer, und er fachte danach. Denn beinahe war es ihm, als habe er einen Schlag ins Gesicht bekommen. Aber die Schaffnerin stand ruhig vor ihm, und die Hände des Mädchens ruhten auf ihrer Schürze. Helmbrecht wandte sich ab, er warf den Kopf hochmütig in den Nacken.

Die Rebekka, die ihm mit solchen Gedanken kam, sollte auf den Helmbrechts Hof gehen, da paßte sie hin. So dachte der Vater. Aber nicht ganz so dachten mehr die Mutter und die Schwester. Und Jung-Helmbrecht war auf der Geierburg davon abgekommen. Seine Hand, die das Schwert und den Speer führte, hatte sich des Pfluges und des Spatens entwöhnt, und zwar nicht nur, wie er im stillen sich selbst sagte, für die Dauer eines Jahres.

Beim Fortgang vom Vaterhause hatte er gesagt, er wolle nur für eines Jahres Frist fern bleiben. Aber unter dem jügellosen Leben waren schon lange andere Pläne in ihm wach geworden, und er meinte, seine Hand werde sich nicht wieder dazu schiden können, Bauernarbeit zu verrichten. Darum ließen ihm die Worte, die Rebekka gesprochen hatte, das Blut so arg zum Hirn emporsteigen, daß ihm der Kopf zu wirbeln begann. Darum nahm er Reißaus vor der gefährlichen Maid.

Er sprach zum Ritter Geier von den ungefügen Reden der Schaffnerin. Der Burgherr juckte die Achseln. Mit dem Mädchen war nichts zu sprechen, was er vernünftig reden nannte, darum riet er dem Junfer, auch der sollte es bleiben lassen. Und Jung-Helmbrecht nahm es sich vor, aber leicht ward es ihm nicht, den Stachel aus seiner Brust zu entfernen.

(Fortsetzung folgt.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

An Verfolg der Ziffer 10 meines Runderlasses vom 6. März ds. Js. — VI. b. 531 — betr. Bienenzuckerausgabe, bestimme ich bezgl. der Ablieferung von Bienenwachs im Einkommen mit dem Reichswirtschaftsministerium nach dessen Benehmen mit Vertretern der Imkerverbände folgenden:

- a) die Vorhinter haben alles anfallende Wachs, unbrauchbare Waben und Bruchstücke an die von den Imkerverbänden eingerichteten Wachsammelfstellen abzuliefern.
- b) Die Astenimker können für ihren eigenen Bedarf für jedes Standvolk 250 g Wachs zurückbehalten. Der Ueberfluß ist ebenfalls den Wachsammelfstellen zuzuführen.
- c) Künstliche Mittelwände werden den Astenimkern nur geliefert, wenn sie eine entsprechende Menge von Wachs, unbrauchbaren Waben oder Bruchstücken abgeliefert haben.
- d) Wer vorstehenden Verpflichtungen nicht nachkommt, wird von der Belieferung mit Zucker ausgeschlossen.
- e) Die Entscheidung darüber, ob die abgelieferten Mengen von Wachs, unbrauchbaren Waben oder Bruchstücken angemessen sind, trifft in Zweifelsfällen der Vorstand des örtlich zuständigen Imkerverbandes.

Berlin, den 27. Mai 1919.

Preussischer Staatskommissar für Volksernährung.

Veröffentlicht unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 10. April 1919 — K. A. I. 700 — Taunuszeitung vom 16. April 1919.

Ämtelein (Taunus), den 21. Juni 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Aufgrund des § 2 des Personenstandsgesetzes vom 6. Februar 1875 und des Erlasses der Herren Minister des Innern und der Justiz vom 23. Februar 1910 Nr. 1. a. 306/1. 1242 bestimme ich hiermit, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab die Gemeinde Seelenberg vom Standesamtsbezirk Arnoldsheim abgetrennt und dem Standesamtsbezirk Oberreifenberg einverleibt wird.

Wiesbaden, den 13. Juni 1919.

J. A. gez.: Walter.

Wird veröffentlicht.

Ämtelein, den 20. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses: Jacobs.

Der Maurer Wilhelm Josef Brendel, Niederhöchstadt ist von der Gemeinde Niederhöchstadt als Feldhüter angestellt und von mir beauftragt worden.

Ämtelein i. T., den 23. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses: Jacobs.

Am Freitag, den 27. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr werden in der Schulstraße eine Anzahl leerer Risten und sonstiges Brennholz meistbietend versteigert.

Ämtelein, den 25. Juni 1919.

Der Magistrat: J. B.: Brühl.

Schadenmeldung.

Sum 1. und 15. jeden Monats sind für die Folge zu melden alle neu entstehende Schäden, wenn die Belästigung hier verbleibt oder ein Quartierwechsel nicht stattfindet; sofort jedoch und zwar innerhalb 6 Stunden, wenn die Truppe wechselt, abmarschiert oder wenn ein sonstiger Quartierwechsel stattfindet.

Wer die geforderten Anmeldungen unterläßt, verliert jeden Anspruch auf weitere Entschädigung.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Im Kopfwaschen, Frisieren, Manicure,
:: Nagelpflege ::

in und ausser dem Hause empfiehlt sich

Klara Dorn, Königstein, Arndtstrasse 2.

Gesucht für jetzt od. später in Landhaus od. Villa
mit Garten in freier Lage in Königstein oder Cronberg
comfortable Wohnung von 6—10 Zimmern
mit entsprechendem Zubehör (Zentralheizung Bedingung).
Ermielung e. ganzen Hauses mit Vorkaufsrecht bevorzugt. Geht An- Preisangabe Details
und tunlichst unter Beifügung von Grundrissen, die
sodort nach Einsichtnahme zurückfolgen, unter G. W. 17 an
die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Die Sparkasse

des

Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in
unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom
Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung

mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Aus-
gabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an
zu 3 1/2 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganz-
jähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der
Einzahlung.

Der Vorstand.

Selters-Sprudel Augusta Viktoria,

eines der besten Natur-Mineral-
wässer gegen alle Krankheiten,
empfehlen Josef Kohl,
Kelkheim, Telefon Nr. 8.

Guterhaltene Dezimalwaage

mit Schiebergewicht zu kaufen
gesucht. Angebote mit Preis-
angabe unter H. L. 37 an
die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Eine Fuhrer Heu

zu verkaufen.
(Von der Wiese abzuholen.)
Zu erf. in der Geschäftsstelle.

Ein liter frische Ziegenmilch

jeden Morgen abzugeben.
Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

Ein schöner Sprungstall- Zuchtbulle

20 Monate alt, Simmentaler
Rasse, steht zu verkaufen bei
Georg Wagner, Niederreifenberg.

1 Hundehalsband mit Leder- abhandeln gekommen.

Gegen Belohnung abzugeben
Frankfurterstrasse 4, Königl.
Dahelbst 1 elserne Bettstelle
m. Matratze u. 1 Handrasen-
mäschine zu verkaufen.

Saubere Frau

Sonntags i. einige Stunden
gesucht. Kränke, Hauptstr. 27,
Königstein.

Nehme Kundschaft

an zum Bügeln, Aus-
bessern und Nähen.
Obere Hintergasse Nr. 11,
Königstein.

2 Lehrmädchen, 1 per- fekte Stäckerwasch- büglerin ! auf Neu ! sodort gesucht.

Neu-Wasch- und Bügelanstalt
Gebrüder Debus, Höchst
(Main), Emmerich-Josefstr. 14.

Fuhrleute

zur Abfuhr von Langholz
(eventl. auch in Fängen von
6—9 m geschnitten) von der
Billithöhe nach meinem
Lagerplatz in Höchst sucht
Wilhelm Mauer,
Dampfsägewerk,
Höchst a. M.; Fernruf 11.

Für Gartenbau verwendbar Einige Fässer und Blechimer

leherte zu M. 1.20 das St.
abzugeben bei
L. Härtter, Königstein,
Hauptstraße.

Eisern. Kinderbett

zu verk. Kränke, Hauptstr. 27,
Königstein.

Eine transportable Bandsäge

für Holzschneiderei mit elektr.
Anschluß preiswert zu verk.
Cronberg i. T., Dinterstraße 2
bei Anna Weidmann.

Gross- und Kleintierhäute

werden
schnell und gut gegerbt.
Zu erf. in der Geschäftsst.

Mehrere junge schwere Fahrkühe,

mindestens 5 Monate trächtig
oder frischmilchend mit Kalb,
mit oder ohne Komplett. Ge-
schirr zu kaufen gesucht.

Verwaltung der
Seidenauer Mühle,
Königstein i. T., Limburgerstr. 23.

Schade & Füllgrabe

empfehlen:

Reines Schweineschmalz Pfd.	8.50
Reines Pflanzenfett „ „ Pfd.	8.00
la. Holl. Butter) Dänische Eier)	kartentfrei
Strassburger Geflügelpains	Dose 2.50
Schöner Rangoon-Reis „ Pfd.	2.60
Reines Oliven-Öl „ Liter	18.00
Uelsardinen „ Dose	3.30
Erbsen mit und ohne Schale Bohnen, Kartoffelmehl zu billigsten Tagespreisen.	
Königstein, Hauptstr. 35.	



Die Stiefel der Frau
und des Herrn Gemahl
Erstrahlen im Glanze
von Erdal.

Erdal

schwarz — gelb — braun

Alleinhersteller:

Werner & Mertz, Mainz.

Trauer-Drucksachen

durch Druckerei Kleinbühl.